

# Politische Rundschau.

## Die chinesischen Wirren.

\* In der südchinesischen Provinz Kwang-tung sind wieder mehrere Befragungen wegen deutschfeindlicher Kundgebungen notwendig geworden. Auf Antrag des deutschen Konsuls wird der Kreisvorsteher von Hsin-ning wegen drückender Haltung und Verschleppung deutscher Reklamationen abgesetzt werden. In Ho-ping wurden zwei an deutschfeindlichen Ausschreitungen Beteiligte enthaupet, in Chang-lo zwei weitere Mißthätige verhaftet.

\* Die Eisenbahnlinie Peking-Tschangtschu ist am 16. d. in Gegenwart des französischen und des belgischen Gesandten eröffnet worden.

\* Rußland scheint vorerhand etwas einlenken zu wollen, um nur erst die Unterfertigung zum Verträge mit China über die Mandchurie zu erhalten. Chinesische Beamte erklären, sie hätten aus Petersburg die Mitteilung erhalten, Rußland verzichte auf seine Ansprüche bezüglich der Mongolei und Turkestan, sei damit einverstanden, eine Veränderung einzutreten zu lassen in der Schärfe seiner Kontrolle über die Zivilverwaltung der Mandchurie, und willige ein, daß das Abkommen veröffentlicht werde, sobald es in Petersburg unterzeichnet sei, was innerhalb vierzehn Tagen geschehen werde.

\* Ein russisch-englischer Konflikt in Tientjin hat sich wie folgt abgepielt: Englische Arbeiter wollten beim Bahnhof Tientjin eine Moladestelle herrichten und wurden dabei von den Russen verjagt. Sie kehrten mit mehreren Hundert englischen Soldaten zurück. Die Russen ließen darauf ihre ganze Truppenmacht aufmarschieren und sich kampfbereit machen. Der englische General Campbell hatte infolge dessen eine Konferenz mit dem russischen General, in der man übereinkam, zunächst vierundzwanzig Stunden lang Frieden zu halten. Beide Generale telegraphierten an ihre Regierungen wegen Verhaltungsmaßregeln. — Inzwischen ist durch Graf Waldersee, der von Kiautschou zurückgekehrt ist, der Zwischenfall erledigt worden; die Engländer zogen ihre Botten von dem besetzten Bahngelände zurück.

## Deutschland.

\* Dem Kaiser Wilhelm sind nach dem betrübenden Vorfall in Bremen zahlreiche Glückwunschtelegramme ausländischer Fürsten zugegangen. Die Nordd. Allg. Ztg. verzeichnet die Glückwunschtelegramme der Kaiser von Rußland, von Oesterreich-Ungarn und von Japan, des Sultans der Türkei, der Könige von England, Italien, Belgien, Griechenland, Portugal, Rumänien, Serbien, der Königin der Niederlande, der Königin-Regentin von Spanien, des Papstes, des Präsidenten der französischen Republik, des Schahs von Persien.

\* Die „Köln. Ztg.“ meldet zu dem Bremer Vorfall, der Attentäter sei nicht, wie bisher angenommen wurde, alsbald von Genarmen niedergehauen worden, vielmehr nach den bisherigen Zeugnisaussagen in einem epileptischen Anfall niedergestürzt. Das ganze Attentat stelle sich dar als ein höchst ungelegener Stunde unter beklagenswerten Umständen eingetretener Krankheitsanfall eines in Bewußtlosigkeit handelnden Epileptikers.

\* Wie nachträglich bekannt wird, soll während der Münchener Festtage die Begrüßung zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem deutschen Kronprinzen eine überaus herzliche gewesen sein. Kaiser Franz Joseph war von dem ersten und verständnisvollen Wesen des jugendlichen Kronprinzen so eingenommen, daß er nach einer längeren Unterredung mit ihm den Wunsch äußerte, den Kronprinzen in absehbarer Zeit in Wien als Gast begrüßen zu dürfen.

\* Der Bundesrat hat dem Ausschussbericht zu dem Entwurf eines Gesetzes wegen Verforgung der Kriegsinvaliden und

der Kriegshinterbliebenen die Zustimmung erteilt.

\* Die Berl. Polit. Nachr. teilen mit, daß die Vorlegung des Zolltarif-Entwurfs an den Bundesrat um Ostern in sichere Aussicht zu nehmen sei.

\* Am Donnerstag dieser Woche, am 21. März, begeht der Reichstag das Jubiläum seines dreißigjährigen Bestehens. Am 21. März 1871 trat der deutsche Reichstag zu seiner ersten Tagung zusammen, die bis zum 15. Juni dauerte. Am 16. Juni 1871 fand der Siegeszug der Truppen in Berlin statt. Von den Mitgliedern des ersten deutschen Reichstags, die von 1871 bis heute ununterbrochen dem Parlament angehört haben, leben nur noch vier; Graf Komppsch, Eugen Richter, Babel und Dr. Lieber.

\* Ein umfassendes Zusammenwirken von Heer und Flotte ist bekanntlich bei dem diesjährigen Kaisermandat geplant. Wie schon seit etlichen Jahren, so werden auch in diesem eine Anzahl Offiziere des Landheeres während der Herbstübungen der Flotte an Bord der Linienschiffe kommandiert werden.

## Italien.

\* Der Deputiertenkammer will der Justizminister demnächst einen Gesetzentwurf betr. Einführung der Geschiedung vorlegen.

## Schweden-Norwegen.

\* Der schwedische Reichstag verhandelte in voriger Woche über einen Vorschlag zur Abschaffung der Todesstrafe. In der ersten Kammer wurde der Vorschlag ohne Debatte verworfen. Die zweite Kammer entschied sich nach längerer Debatte mit 120 gegen 64 Stimmen für die Beibehaltung der Todesstrafe.

## Portugal.

\* In der Deputiertenkammer kam es bei der Verhandlung über das Kolonial-Verwaltungs-gesetz zu ziemlich heftigen Auseinandersetzungen, doch wurden die Anträge der Regierung mit großer Mehrheit angenommen.

## Rußland.

\* Die Studenten-Unruhen in Rußland, besonders in Moskau, haben an Ausdehnung alles bisher nach dieser Richtung hin in Rußland seltliche Maß überfliegen. Die Gärung hat nicht nur die studentischen Kreise, sondern weite Schichten der Arbeiterbevölkerung ergriffen. In mehreren Straßen von Moskau waren Barrikaden errichtet, Fenster wurden eingeworfen, so im Palais des Großfürsten Sergius, Straßenbahnwagen umgestoßen u. s. w. Großfürst Sergius hat sein Palais nicht verlassen können; nur einem gewaltigen militärischen Aufgebot gelang es endlich, die Ruhe wiederherzustellen.

## Afrika.

\* Auf einen Friedensschluß in Südafrika, den man nach den Verhandlungen mit Botha schon nahe gerückt glaubte, dürfte nach den Erklärungen, die Chamberlain am Dienstag im englischen Unterhause abgab, vor der Hand noch nicht so halb zu rechnen sein. Denn der englische Kolonialminister sah sich zu der Mitteilung gezwungen, Botha habe Lord Kitchener brieflich mitgeteilt, er sei nicht bereit, die Bedingungen, welche Kitchener ihm mitzuteilen den Auftrag hatte, der ersten Erwägung seiner Regierung zu empfehlen. Botha bemerkte dazu, seine Regierung und seine obersten Offiziere stimmten mit seinen Ansichten überein.

## Ufen.

\* Das japanische Oberhaus hat zwar „auf Wunsch des Kaisers“ die Steuer-Gesetze (betr. die Kosten des Chinafeldzuges) angenommen, die Opposition gegen das Kabinett dauert aber noch fort.

## Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Montag in zweiter Beratung nach den Kommissionsbeschlägen die Vor-

lage betr. Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Leistung von Rechtsbehelfen im Seere, beschloß dann auf Grund des Vorschlags der Wahlprüfungs-Kommission die Wahl des Abg. v. Gersdorff (kons.) zu brandtauchen und erledigte noch eine Anzahl von Petitionen. Eine längere Debatte riefen herbor Petitionen betr. Einführung der Prügelstrafe, über die schließlich, entsprechend dem Kommissionsbeschluß, zur Tagesordnung übergegangen wurde.

Am 19. d. steht auf der Tagesordnung die dritte Lesung des Etats. — In der Generaldebatte nimmt zunächst das Wort

Abg. v. Schiele-Bunstorf (Welse). Neben äußert den Wunsch nach Reorganisation des Unteroffizierkorps; es empfehle sich eine Zwischenstufe zwischen Unteroffizier und Offizier sowie namentlich auch eine vermehrte Fürsorge für Unteroffizier-Witwen.

Damit schließt die Generaldebatte. Bei dem Spezialetat, Reichskanzler\* beschwert sich Abg. Fischer-Berlin (soz.) darüber, daß die Berliner politische Polizei auch die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bespizele. Ein Beamter der Polizei sei an einem Genossen herantreten, um ihn zu veranlassen, an seiner Partei zum Judas zu werden, Beschlässe der Fraktion der Polizei zu verraten.

Reichskanzler Graf Bülow: Mir ist von diesen Vorgängen nicht das Allermeiste bekannt. Im übrigen handelt es sich um eine rein preussische Angelegenheit, über die im preussischen Landtage der Minister des Innern sicher bereitwillig Auskunft geben würde.

Nach einer Erwiderung des Abg. Fischer, daß es sich hier um die Reichstagsfraktion, also um eine Reichsangelegenheit handle, schließt diese Erörterung.

Beim „Etat des Auswärtigen Amtes“ bemerkt Abg. Fürst Bismarck (kons.). Der Reichskanzler habe neulich in pointierter Weise gesagt, es handle sich für uns in China um eine Lebensfrage. Das gehe ihm denn doch zu weit, eine Lebensfrage sei das für uns nicht. Im übrigen aber sei er von den neulichen Erklärungen des Reichskanzlers befriedigt. Und er habe das Vertrauen zu dem Kanzler, daß derselbe die freundlichen Beziehungen zu allen Mächten aufrecht zu erhalten verheben werde. So lange Deutschland alle Vorteile des Chinas ebenso wie die in der Mandchurien-Angelegenheit stets an das Konzert der Mächte verweise, solange können wir jedem Wetter in Ruhe entgegensehen. Die Seezölle aber dürften nicht zu hoch gehoben werden.

Reichskanzler Graf Bülow spricht dem Vorredner Dank für diese wohlwollenden Bemerkungen aus. Dieser habe nun freilich einen gewissen Widerspruch gefunden zwischen dem, was er selbst gesagt habe einerseits und unsere Gleichgültigkeit gegenüber der Mandchurienfrage, andererseits darüber, daß wir Chinas Leistungsfähigkeit nicht zu sehr geschwächt zu sehen wünschten. Aber darin liege doch wohl kein Widerspruch. Er habe einstweilen erklärt, daß unser Abkommen mit England nicht auf die Mandchurien beziehe, andererseits dagegen, daß wir, so lange unsere Entschädigungsansprüche an China noch nicht befriedigt seien, Chinas Leistungs-vermögen nicht zu sehr beeinträchtigt werden möchten. Er habe übrigens gerade jenen ein Telegramm von unserem Botschafter in Petersburg erhalten, das ihm mitteile, daß der dortige Minister des Auswärtigen demselben sein volles Einverständnis mit seinen (des Kanzlers) neulichen Erklärungen ausgesprochen habe. Interessant sei ihm, wie Fürst Bismarck dem neulichen Programm Nichters zugestimmt habe: Redde mihi legiones, sed non miliones! Es freue ihn, daß die Herren Fürst Bismarck und Richter sich in diesem Punkte begegnen. Wir haben in China große Handelsinteressen. Unsere Ausfuhr nach dort beträgt 80 Mill. Mk. ohne das, was über England und andere Länder geht. In Schantung ferner haben wir bereits 100 Mill. Mk. investiert. Wir haben unsere politischen Schwerpunkt in Europa, diesen lassen wir auch nicht verrücken. Wir haben aber auch Interessen und Rechte in Ostasien, die wir schützen müssen, und wir haben auch vor allem zu schützen unsere Ehre, die angegriffen worden ist durch die Ermordung unseres Gesandten. Und diese Ehre zu schützen, das ist allerdings für uns eine Lebensfrage.

Nach einer kurzen Entgegnung der Abgg. Fürst Bismarck und Hausmann-Bühlungen (lib. Dp.) schließt diese Debatte.

Abg. Münder-Ferber (nat.-lib.) empfiehlt namens der Budgetkommission die von derselben beschlossene Resolution zu Gunsten der Erziehung deutscher Handelstakamen im Auslande, welche nach kurzer Debatte angenommen wird.

Zum „Kolonialelat“ befristet Abg. Babel (soz.) eine Resolution betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfs demzufolge die in unseren Kolonien von Hausflaven geborenen Kinder als Freie anerkannt werden.

Gestattet liegt eine Resolution Gröber

(Zentr.) vor um Vorlegung eines Gesetzentwurfs, welcher den Herren der Hausflaven gewisse Verpflichtungen (Alters- und Krankenfürsorge, angemessene Behandlung) auferlege und den Hausflaven den Erwerb der Freiheit erleichtere.

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.) gibt gegenüber dem Antrag Gröber zu bedenken, daß damit gewisse Maßnahmen die Hausflaverlei gelehrt anerkannt werde. Besser wäre es, wenn die Kolonialverwaltung auf dem bloßen Verordnungswege die Grundzüge der Resolution Gröber durchzuführen lüch.

Kolonialdirektor Dr. Stiibel erklärt, nach den Gröber'schen Grundzügen werde bereits verfahren. Auf dem Wege des Gesetzes vorzugehen, empfehle sich jedenfalls nicht.

Vom Abg. Grafen Oriola ist inzwischen ein Amendement zur Resolution Gröber eingegangen, welches für Durchführung der Gröber'schen Grundzüge den Verordnungswege setzen will an Stelle des Gesetzesentwurfs.

Abg. Gröber erklärt sich mit dieser Aenderung seiner Resolution einverstanden.

Abg. Stiibel er kann für die allmähliche Abschaffung der Hausflaverlei absolut keinen Besseren Weg erblicken als den der Resolution Babel. Er werde deshalb für beide Resolutionen stimmen. Kolonialdirektor Stiibel: Der Antrag Babel ist desfalls unannehmbar, weil er, wenn er sich auch nur auf die Kinder erbezt, dennoch von den Sklavenhaltern als Freigabe der Sklaven, als Abschaffung der Sklaverei empfunden werden würde. Und das würde zu Unruhen führen.

Abg. Babel stellt vor dem Hause fest, daß der Kolonialdirektor im Interesse der Sklavenhalter die Sklaverei nicht abschaffen will, nicht einmal für die Kinder!

Nunmehr wird, nach Ablehnung der Resolution Babel die Resolution Gröber in der Graf Oriola'schen Fassung angenommen.

Beim Etat des „Reichsamts des Innern“ befristet

Abg. Schmidt-Eberfeld eine Resolution betr. Detail-Verkauf von Kohlen und Koks nach Gewich. Abg. Welfe-Koburg empfiehlt seine Resolution zu Gunsten einer internationalen Vogelzug-Konvention.

Staatssekretär Graf Borsdorff: Für den Garn-Verkauf sind bereits solche Vorschriften erlassen, in bezug auf Kohlen schwächen bereits Erwägungen.

Es erfolgt Veragung.

## Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus begann am Montag die dritte Beratung des Etats. Von einer Generaldebatte wurde abgesehen. Beim Etat der direkten Steuern befragt Abg. v. Gynern (nat.-lib.) die Differenz zwischen Reichs- und Oberverwaltungsgerichtsentscheidungen bei Besteuerung des Agios der Aktiengesellschaften, und weiterhin die Erhöhung der Steuerbefreiung, die nach der schriftlichen Erklärung noch zur mündlichen Erläuterung zitierte. Abg. Götter trat für Aufhebung des Stempels bei Zitelberlegung ein.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Dienstag die dritte Etatsberatung fortgesetzt. Auf eine Anregung des Abg. Wittinger (nat.-lib.) erwiderte der Minister v. Thielen, daß die Regierung keinen Anlaß habe, von der Erbauung von Wohnhäusern in eigener Regie abzusehen, da sich die hergestellten Arbeiter-Wohnungen doch erheblich billiger stellen, als die von gemeinnützigen Baugesellschaften. Bei einer Kapitalverzinsung von 4 Prozent könne man eine gut und bequem eingerichtete Arbeiterwohnung von 45 Quadratmetern Grundfläche für 165 Mk. vermieten. Bei der gemeinnützigen Baugesellschaft koste eine gleiche Wohnung 245 Mk. Das können die Arbeiter nicht bezahlen. Auf eine Anfrage des Abg. v. Kessel erwiderte der Minister v. Rheinbaben, daß ein Gesetzentwurf betr. die Heranziehung der Genossenschaften mit beschränkter Haftung zu den Kreis- und Kommunalabgaben in der Ausarbeitung begriffen sei.

## Von Nah und Fern.

Der Kaiser als Zeuge. Am Montag wurde der Kaiser als Zeuge in Sachen des Attentats im Schlosse vernommen. Die Zeugnishaft des Kaisers konnte sich naturgemäß nur auf die Wahrnehmung der Verlesung beziehen, da der Monarch das Ereignis selbst nicht beobachtet hat. Als Landesherr ist der Kaiser nach den Vorschriften der Strafprozedur in seiner Wohnung zu vernehmen. Er leistet den Zeugnissen nicht mündlich, sondern mittels Unterschriftens der die Geseznorm enthaltenden Gesezformel. Das Protokoll über die gerichtliche Vernehmung des Kaisers muß in der Hauptverhandlung, zu der der Monarch nicht geladen wird, verlesen werden.

## Enklarv.

10) Kriminalroman von Karl v. Leitzner.

(Fortsetzung.)

Bibbys zweiter Wid traf ihren Reisefoffer, der an der Wand des Zimmers, ihrem Bett gegenüber, stand. Sie konnte sich nicht entsinnen, denselben während der Nacht schon bemerkt zu haben. Sollte er, während sie schlief, erst heringebracht worden und sie demnach nicht einmal im stände sein, durch wirksames Abschließen der Thüre den Zugang zu verwehren? Doch war es ja auch möglich, daß sie ihn nach ihrer Ankunft übersehen hatte, denn sie hatte wirklich unter der Flut der auf sie einströmenden Eindrücke und Befürchtungen an ihre Habhaftigkeiten bisher gar nicht gedacht. In solchen Momenten war der äußerliche Besitz natürlich vollständig Nebenache für sie gewesen. Aber wer hatte ihn heraufgebracht, und wann war dazu Zeit gewesen, das schwere Kollo über die Treppe zu transportieren? Dies sollte ihr ein unaufgeklärtes Rätsel bleiben. Sie erhob sich und schloß die Thür auf, aber dieselbe leistete dennoch Widerstand. Man hielt sie also immer noch eingesperrt. Auf ihr Klopfen antwortete niemand und im Hause war alles still.

Sie trat nun zum Fenster. Das nächtliche Unwetter hatte sich gelegt und die Sonne stand am Himmel. Draußen erblickte sie lauter Wald, von dem das Haus ganz umgeben schien. Die Straße, auf der der Wagen hierher gelangt war, mußte also auf der andern Seite des Gebäudes liegen.

Das Nötige für ihre Toilette fand sich vor. Ueberhaupt war alles im Gemach hübsch und wohllich hergerichtet. Unter andern Umständen hätte man mit solcher Unterkunft zufrieden sein können. Aber auch so blieb ihr nichts anderes übrig, als sich in die Lage zu fügen. War es doch jetzt wenigstens lichter Tag geworden, und der Schlaf hatte sie gekräftigt.

Bibby war kein sensitives und nervöses Wesen, wie viele unserer deutschen Damen. Sie war in wilder Natur im amerikanischen Farmerleben aufgewachsen, und ihr Körper besaß im vollsten Maße seine noch unverkümmerte, ganze Spannkraft, welche irische Jugend zu verleihen vermag. — Wenn sie nur einmal eine bestimmte Gefahr vor sich sehen würde — so dachte sie — dann werde sie derselben auch mutig entgegenzutreten wissen. Aber bis jetzt freilich hatte sie noch immer keine Ahnung, mit wem und in welcher Weise sie eigentlich zu kämpfen habe.

Erst gegen ein Uhr Mittags hörte sie Schritte auf der Treppe. Männertritte waren das nicht: es war der schleppende Gang der Alten in ihren Pantoffeln. Diese klopfte und trat ein. Sie mußte also den Verschluß von außen besichtigt haben.

„Guten Tag! Ei, daßt ich's doch, hat lange geschlafen, das liebe Fräulein! Nun wird aber wieder Appetit da sein, und ich habe schon bestens vorgesorgt. Sehen Sie nur, da bringe ich kräftige Suppe, ein schön gebratenes Hühnchen und Bier von der delikatesten Sorte. Den Kaffee haben Sie freilich ganz verschlafen, Herzchen!“

In der That brachte die Frau ein ganz annehmbares Mittagmahl. Bibby mangelte jedoch zur Zeit das Interesse für Speise und Trank. Sie mußte nun vor allem über ihre Lage klar werden.

„Werden Sie mir jetzt das Hausthor öffnen, Frau? Ich hoffe, daß man mich endlich gehen läßt, wohin ich will,“ sagte sie.

„Freilich! Ganz wie Sie wollen. Aber zu Fuß können Sie nicht nach der Stadt gehen; da ist es zu weit dazu, und Sie kennen ja auch den Weg nicht, der leicht zu verfehlen ist. Lassen Sie darum jetzt das gute Essen nicht kalt werden. Wenn ich abgedeckt habe, dann schäme ich, daß ich jemand finde, der dem Fräulein einen Wagen besorgt. Darin es glauben!“

Die Alte trippelte schon wieder zur Thür hinaus, sie in gewohnter Weise abschließend, und Bibby mußte so viel wie vorher. Doch am besten war es wohl, sie fügte sich in den Willen des Weibes und erhielt dieses bei guter Laune. Vielleicht besorgte ihr daselbe dann doch wirklich den versprochenen Wagen.

Sie genoß also einiges von dem Vorgelegten und wartete auf die Rückkehr der Birnin, die für sie eigentlich mehr als eine Gefängniswärterin zu betrachten war. Es sollte auch nicht lange dauern, bis diese erschien und den Tisch deckte.

„So! Nun werden Sie halb im Wagen sitzen, das heißt gegen Abend, denn einige Stunden dauert es freilich, bis man in die Stadt läuft und mit dem Fuhrwerk wieder da sein kann.“

„Frau! Ich hoffe, Sie werden die Sünde nicht auf sich laden, ein schwaches, junges Mädchen, das der Obhut Ihres Hauses anvertraut ist, zu hintergehen! — Martens Sie nicht länger und geben Sie mir Aufschluß, warum ich hierhergebracht wurde und warum man stets die Thür von außen verschließt, um mich wie eine Gefangene zu verwahren?“

„Weiß ich es denn selbst, mein ichnes Bippchen?“ erwiderte die Frau. „Der Herr, mit dem Sie angekommen sind — ich weiß seinen Namen nicht und habe ihn kaum ein paar mal gesehen — hat mir befohlen, Sie zu verwahren, so gut als ich kann, und Sie wie meinen Augapfel zu behüten. Das thue ich darum auch getreulich. Mein soll ich Sie aber ja nicht fortlassen, hat er gemeint; es könnte Ihnen sonst etwas passieren. Nun, da habe ich eben geglaubt, zweimal zu ist besser mal einmal; die Thür hat ja zwei Schlüssel übereinander, wie Sie da außen sehen können, und so sperre ich mit meinem Schlüssel, das zum einen paßt, nur deshalb von außen aus weil manches mal schlechtes Gefindel im Wald herumläuft und man nicht vorsichtig genug sein kann.“

Der Herr meint es aber gewiß nicht böse mit Ihnen, denn ich hab' es ihm schon angemerkt, daß er Sie gerne hat, weil er nun alles so besorgt ist. Jetzt ist er fort. Vielleicht besorgt er selbst einen Wagen. Ich habe aber auch danach fortgeschickt.“

„Sagen Sie mir, was ich zu bezahlen habe für das Zimmer und für das Genossene. Sie sollen bekommen, was sie verlangen, dreimal so gar. Aber sorgen Sie dafür, daß ich nicht